

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktion: Friedrichstraße 10
Verlag: Friedrichstraße 10
Telefon: 1111

Druck: Friedrichstraße 10
Verlag: Friedrichstraße 10
Telefon: 1111

Druck: Friedrichstraße 10
Verlag: Friedrichstraße 10
Telefon: 1111

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Die preußischen Minister vor dem Ausschuss

Die Praktiken des Schwarz-roten Systems

Berlin, 18. Okt. Vor dem Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages begann am Dienstag die Vernehmung des ehemaligen Ministers Dr. Klepper. Er führte aus, über das Geschäft der Preussenkasse mit der „Kölnischen Volkszeitung“ habe zunächst eine Besprechung zwischen ihm und Minister Hirtfelder stattgefunden.

Es sei fälschlich Praxis gewesen, das solche Geschäfte, die nur mittelbar oder überhaupt nicht mit dem Zweck des Institutes zusammenhängen, aber im Interesse des Staates durchgeführt werden sollen, dann durchgeföhrt werden können, wenn es mit Zustimmung der Staatsregierung geschieht.

Auf weitere Fragen erklärte Klepper, daß von Zahlungsschwierigkeiten der „Kölnischen Volkszeitung“ keine Rede war.

Die weitere Vernehmung dreht sich insbesondere darum, ob die Verantwortung einer Anfrage der deutschen Landtagsfraktion durch die Regierung dahin, daß die Preussenkasse nicht an der „Kölnischen Volkszeitung“ beteiligt gewesen sei, korrekt gewesen sei. Klepper erklärte, die Verantwortung für diese Antwort habe der damalige Finanzminister getragen.

Er habe jedoch keinen Grund, materialien von dieser Antwort abzuleiten.

Der Kredit sei bereits vor diesem Zeitpunkt auf die Arbeiterbank übergegangen. Der Vorsitzende wies demgegenüber darauf hin, daß doch wohl das tatsächliche Risiko bei der Preussenkasse gelegen habe, da ja diese den Kredit später wieder übernommen habe. Er fragte den Zeugen, ob er unter diesen Umständen die Verantwortung der deutschen Landtagsfraktion für richtig gehalten habe. Klepper erwiderte, die Verantwortung sei im damaligen Zeitpunkt vollkommen korrekt und richtig gewesen.

In der Nachmittags-Sitzung wurde die Befragung des Finanzministers Klepper fortgesetzt. Einige Fragen des deutschen Landtagsfraktionärs Dr. Sauer, die der Vorsitzende auf Verlangen des Berichterstatters an den Zeugen richtete, stellten darauf ab, festzustellen, wie der Staat Einfluss auf die „Kölnische Volkszeitung“ ausüben wollte, die er mit seinen Mitteln unterstützte habe. Klepper erwiderte, es sei Zweck dieser Aktion gewesen, die Zeitung aufrechtzuerhalten.

Infolgedessen habe der Staat keinerlei Sicherheit für die politische Richtung gebraucht. Auf die Frage des Abg. Matus (Natio.), wer für das Geschäft mit der „Kölnischen Volkszeitung“ verantwortlich sei, der Präsident der Preussenkasse Dr. Klepper oder der Finanzminister, erwidert Zeuge Klepper: Beide.

Am weiteren Verlauf seiner Vernehmung sagte Finanzminister Klepper, daß man mit einem Verlust rechnen mußte, wenn keine Dividende gezahlt wurde. Das dieses Risiko übernommen wurde, sei ihm klar gewesen.

Abg. Dr. Matus (Natio.): Das bitte ich festzuhalten, Herr Staatsanwalt! Dann kommt Abg. Dr. Matus nochmals auf das Aktienpaket der „Germania“ zu sprechen. Klepper erklärt, alle Aktien der „Germania“, deren man habhaft werden konnte, wurden damals aufgekauft.

um zu verhindern, daß ein bestimmter Großaktionär die absolute Majorität erwerben konnte. (Zuruf: Wer war denn das?) Der Herr Reichsanwalt.

Abg. Dr. Matus: War dem Hauptaktionär diese Tatsache bekannt? Klepper: Das weiß ich nicht. Dr. Matus: Dann muß er vernommen werden.

Abg. Nau (Komm.) erwidert Gerüchte, wonach Gelder der Preussenkasse für die Reichspräsidentenwahl verwendet worden seien. Klepper: Darüber will ich nicht Auskunft geben. (Abg. Stute bei den Komm. und bei den Natio.)

Ein Antrag, diese Frage für zulässig zu erklären, wird vom Ausschuss angenommen. Da der Zeuge bei seiner Vernehmung bleibt und dies mit staatspolitischen Gründen erklärt, will der Ausschuss in nichtöffentlicher Sitzung sich darüber schlüssig werden, ob der Zeuge in eine Ordnungsbefehle zu nehmen sei, oder ob zunächst die Ausfertigung der Staatsministerien hinsichtlich der Verantwortung dieser Frage eingeholt werden soll.

Die Verantwortung einer Frage, ob Gelder zur Bekämpfung der nationalsozialistischen Bewegung gegeben worden seien, lehnte Klepper ebenfalls ab. Die Nationalsozialisten erklärten darauf: „Das genügt uns!“ — Damit war die Vernehmung beendet. — Es wurde dann der bisherige preussische

Ministerpräsident Braun vernommen.

Er erklärte, daß er in dem vorliegenden Falle keinerlei politische Bedenken gegen die Vergabe der Mittel gehabt habe. Im Gegenteil sei ihm die Sache aus staats- und grenzpolitischen Gründen sehr erwünscht gewesen. Das Plenum des Staatsministeriums habe sich mit der Sache nicht befaßt. Auf die Frage, ob die Vergabe solcher Mittel für den vorliegenden Zweck nach seiner Ansicht zu dem Aufgabenkreis der Preussenkasse gehöre, erwiderte Braun ironisch, daß er geglaubt habe, daß der Aufgabenkreis der Preussenkasse außerordentlich weit gezogen sei, da sie ja Millionen für einen russischen Schwindler und Hochhändler wie Uralzess ausgegeben habe. Auf die Frage der Kommunisten, ob

Gelder für die Reichspräsidentenwahl

ausgegeben worden seien, erwiderte der Zeuge, daß ihm nichts davon bekannt sei. Wenn er etwas davon wüßte, so bestimme er, so würde er aus staatspolitischen Gründen keine Auskunft geben.

Als letzter Zeuge wird

Minister Hirtfelder

vernommen, der für den Kredit an die „Köln. Volkszeitung“ grenzpolitische Gründe als maßgebend erklärt. Man habe die Befürchtung haben müssen, daß in dem Blatt ausländisches Geld angelegt werde. Auf den Hinweis eines Nationalsozialisten, daß man das Geschäft doch verweigert hätte, erwidert Minister Hirtfelder, solche Dinge könne man doch nicht an die große Glocke hängen. Die Angelegenheit sei nicht protokolliert, sondern nur vertraulich behandelt worden.

Es wurde darauf beschloffen, als neue Zeugen unter anderem zu laden den Reichsanwalt von Vape und den Staatssekretär Blank. Der Reichsanwalt soll über den Verkauf der Germania-Aktien durch die Preussenkasse berichten. Auf die Vernehmung der für heute geladenen Zeugen, Konsul Stodv und Justizrat Wönning, wurde verzichtet, da sie nur dasselbe auszusagen könnten wie Konsul Maus, der am Mittwoch gehört werden soll.

Der Staatsanwalt prüft

Berlin, 18. Oktober. Während der frühere preussische Finanzminister Klepper in den Dienstagvormittagsstunden vor dem Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages im Anwesenheit der Staatsanwaltschaft, die als Vertreter Staatsanwaltschaftsdrat Dr. Reilmann entsandt hat, vernommen wurde, stellte zur gleichen Stunde die Staatsanwaltschaft bei der Preussenkasse und im Finanzministerium Ermittlungen an. Oberstaatsanwalt Laub hat während des Dienstags in die verschiedenen Akten der Preussenkasse und des Finanzministeriums Einsicht genommen.

der Fall war, beide Führerstellungen in einer Person vereinigen wird.

Schwerer Sturm an der Nordseeküste

Hamburg, 18. Okt. Im norddeutschen Küstengebiet und über der Nordsee setzte in der Nacht zum Dienstag ein heftiger Südwestwind ein, der sich zur Sturmstärke steigerte. Die deutsche Seewarte hat erneut Sturmwarnung erteilt. Infolge der ausgewählten See waren kleinere Schiffe gezwungen, Rückwärts auslaufen.

Die Kirche von Röhla eingetücht

Zelzva, 18. Okt. In Röhla führte am Dienstag, gegen 22 Uhr infolge des heftigen Sturmes die Marienkirche unter donnerähnlichem Getöse zusammen. Dadurch wurden alle elektrischen Leitungen zerstört, so daß die Stadt ohne Licht war. Menschen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Feuerwehr und Arbeiter haben sofort die nötigen Maßnahmen ergriffen.

Staats- oder Privatwirtschaft?

Während die Regierung Vape durch ihr Wirtschaftsprogramm, wie sie selbst sagt, der Privatwirtschaft eine letzte Chance zu ihrer Rechtfertigung und Befestigung gibt, dreht sich der Wahlkampf schon vielfach um die Probleme der sozialisierten und planmäßig vom Staat geleiteten Wirtschaft. Die Grenzen auf diesem Gebiet scheinen wieder schärfer abgesteckt zu werden durch eine Erklärung Gregor Strabers, der bei aller Betonung des sozialen und deutsch-sozialistischen Charakters des Nationalsozialismus dem amerikanischen Journalisten Riederhoder eine Erklärung gab, in der er das Privateigentum und die Notwendigkeit der privaten Wirtschaftinitiative anerkannte und sich scharf gegen die Verstaatlichung der Industrie und des Handels, gegen Inflationspläne und eine staatliche Planwirtschaft im Sowjetstille aussprach. In diesen Gedanken gingen einige Parallelen mit der auf Lösung privatrechtlicher Hemmnisse gerichteten Regierungspolitik an, die deutlich darauf hinweisen, daß trotz der verstärkten Wahlnähe im nationalen Lager auch über das Nationale hinaus noch ein einflussreiches Band besteht, vor allem, wenn man sieht, wie die marxistische Presse mit Spott und Hohn über Straber als den „sozialistischen Sozialisten“ herfällt. Um so stolzer hält die Sozialdemokratie ihre radikalen Sozialisierungspläne aus der Parteikampfkammer, die in den Zeiten, da sie jede Gelegenheit zur Durchführung hatte, vergessen waren. Ihre Nationalistkünde werden aber noch übertrumpft vom Kommunismus, der den Vorteil hat, den verapfelteinten Massen das Vorbild der sowjetrussischen Staatswirtschaft und ihre angeblichen Erfolge als lockendes Vorbild vor Augen halten zu können. Jedoch, wenn dort nach der kommunistischen Kriegsterminologie ein wirtschaftlicher „Durchbruch“ oder ein „Sieg“ errungen wird, wie häufig bei der Eröffnung des Elektrizitätswerkes am Dnjepr, wird dieser Fortschritt in höchsten Tönen dem privatrechtlichen Niedergang gegenübergestellt mit der Schlussfolgerung: „Wo, wie in der Sowjetunion, die Arbeiterklasse herrscht und die Kommunisten regieren, geht es aufwärts. Im kapitalistischen Deutschland aber wachsen Not und Elend der Arbeitermassen.“

Diese Massen, denen Wundermärchen vom „sozialistischen Aufbau“ im Rätestaat erzählt werden, können ja nicht wissen, daß sie in ihrer Not immer noch besser leben, als die arbeitenden und „herrschenden“ russischen Genossen, „Ebensowenig, wie diese über die tatsächliche Lage der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern Bescheid wissen. Selbst wenn sie es wüßten, dann läge für die fast 70 Jahre zur Unfähigkeit verurteilten, vom seelischen Druck andauernder Erwerbslosigkeit ermüdeten deutschen Arbeiter noch ein Reiz in der unüberprüfbar aufgestellten und propagierten Behauptung von Rußland als dem „Land ohne Arbeitslosigkeit“. Wenn sich die SPD, seit einiger Zeit wieder im Aufstieg befindend, so liegt ganz sicher hierin die Wurzel ihres Erfolges. Wer aber Gelegenheit hat, in der Sowjetunion selbst nur einen flüchtigen Blick hinter die Kulissen zu werfen, dem wird der Schwindel offenbar. Bedauerlich ist nur, daß die deutsche Statistik das Märchen vom Land ohne Arbeitslosigkeit unterstützt, indem sie kritiklos die vom Rätebund übermittelten Zahlen übernimmt und den Ursprung von der Befestigung der Arbeitslosigkeit in Rußland gewissermaßen amüßlich abtupelt. Den Wahlhabern im Kreml kann es natürlich nur recht sein, wenn „kapitalistische“ Regierungshelken ihre Pläne auf diese Weise unterstützen. Der gefährliche Irrtum solcher Verleumdung liegt nach den Worten eines guten Beobachters dieser Verhältnisse darin, daß hier Kessel und Birnen, Kanäle und Regenwässer, Größen ganz verschiedener Ordnung, miteinander verglichen werden. Die Tatsache ist die, daß in der Sowjetunion die Feststellung der Arbeitslosen und ihre Unterfütterung vor zwei Jahren mit einem Federstrich einfach aufgehoben worden ist. Was wohl unsere Kommunisten zu einer solchen Art von „Plaudereien der Arbeitslosigkeit“ sagen würden? Seit Oktober 1930 gibt es also überhaupt keine vergleichbare russische Statistik mehr. Die arbeitende Bevölkerung wird dort nach dem Willen der Väter der russischen Planwirtschaft hin- und hergeworfen, ohne daß man eine Kontrolle hätte. Wenn man sich mal die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder anschaut, so deutet das auf steigende Arbeitslosigkeit hin, deren Erscheinungen übrigens in Rußland selbst mit Händen zu greifen sind. Man kann sie nur nicht zahlenmäßig feststellen. Mehr oder weniger Hunger, das ist der ganze Unterschied.

So entlarvt, müssen unsere Kommunisten auf die bekannten Bilder des sozialistischen Aufbaus verzichten. Diese Glauben der Technik, diese im ultramodernen Tempo aus dem Boden gestampften Arbeiterstädte sind doch da, programmgemäß nach dem Fünfjahresplan erstellt. Man kann sie nicht weglegen. Wenn diese technischen Pläne sind keine vorläufigen Dörfer. Mit fremder Hilfe sind sie aus dem Schweiß und Blut des russischen Volkes erbaut worden. Aber noch niemals ist an

Englands Konferenzhoffnungen

London, 18. Okt. Der englische Außenminister Sir John Simon betätigte im Unterhaus, daß der englische Vorschlag für die Abhaltung einer Viermächtekonferenz grundsätzlich von den drei anderen Mächten angenommen worden sei. Es habe sich jedoch bis jetzt als unmöglich erwiesen, einen Zusammenkunftsort für diese Konferenz festzusetzen. Die englische Regierung erwäge jedoch, welche weiteren Schritte zu tun seien, um die Einigung in dieser Frage zu erzielen.

Denderson legt die Führung der Arbeiterpartei nieder

London, 18. Okt. Arthur Denderson ist am Dienstag von der Führung der englischen Arbeiterpartei zurückgetreten. Er behält jedoch den Posten als Parteisekretär und Parteiführer bei. Sein Nachfolger wird Sanders, der bisher lediglich Fraktionsführer der Partei im Unterhaus war und jetzt wieder, wie dies früher